



**Europäisches Medienrecht –
der NEWSLETTER**

Institut für Europäisches Medienrecht e.V. (EMR), Saarbrücken/Brüssel

**Ausgabe 10/2015
11. Jahrgang**

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

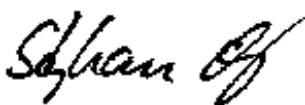
mit der vorliegenden zehnten Ausgabe des Newsletters wollen wir Ihnen, den Mitgliedern, Förderern und Partnern des EMR einen kurzen Überblick über relevante Entwicklungen des Medienrechts in Europa zur Verfügung stellen.

Auf folgende Inhalte der aktuellen Ausgabe möchten wir Sie besonders aufmerksam machen:

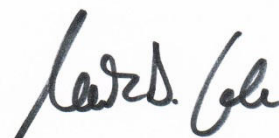
- das Urteil des **Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte** zur **Veröffentlichung von Steuerdaten**;
- das Urteil des **OLG Hamburg** zur **Anwendbarkeit des Rechts auf Vergessenwerden**;
- die Entscheidung des **Bundeskartellamts** zur verkürzten **Inhalte-Vorschau** durch **Google**;
- das **Urteil des Handelsgerichts Wien** zur **Leerkassettenvergütung**;
- das **Urteil des schwedischen obersten Gerichtshofs** zu einem **Durchsuchungsbeschluss für Redaktionsräume**.

Für weitere Informationen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Wir wünschen Ihnen eine informative Lektüre der ausgewählten Beiträge.

Das Direktorium des EMR



Prof. Dr. Stephan Ory
(Direktor)



Prof. Dr. Mark D. Cole
(Wissenschaftlicher Direktor)



Peter Matzneller, LL.M. Eur.
(Geschäftsführer)

Inhalt:

COE: VERBOT DER VERÖFFENTLICHUNG FINNISCHER STEUERDATEN BRINGT MEINUNGSFREIHEIT UND RECHT AUF PRIVATHEIT ZU ANGEMESSENEM AUSGLEICH....	4
DE: DAS „RECHT AUF VERGESSENWERDEN“ KANN ERST RECHT GEGENÜBER DEM BETREIBER EINES ONLINE-ARCHIVS GELTEND GEMACHT WERDEN.....	6
DE: YOUTUBE UND GOOGLE HAFTEN ALS STÖRER FÜR URHEBERRECHTSVERLETZUNGEN IHRER NUTZER.....	7
DE: THREE VERDICTS ABOUT THE FREEDOM OF INFORMATION OF PRESS MEMBERS.....	8
DE: THE FREEDOM OF STATE SECRETS	10
DE: DECISIONS OF HIGHER REGIONAL COURTS REGARDING THE ACCURACY OF MEDIA COVERAGE.....	12
DE: LG FRANKENTHAL BEJAHT BEWEISVERWERTUNGSVERBOT FÜR NACH § 101 ABS. 9 URHG ERLANGTE DATEN.....	13
DE: ZAK FORDERT ANPASSUNG DER SENDERSORTIERUNG VON TELE COLUMBUS UND PRIMACOM.....	14
DE: BUNDESKARTELLAMT VERNEINT KARTELLRECHTSVERLETZUNG DURCH VERKÜRZTE INHALTE-VORSCHAU DURCH GOOGLE.....	15
AT: HANDELSGERICHT IN WIEN ENTSCHEIDET ÜBER LEERKASSETTENVERGÜTUNG.....	17
BG: DECLARATION OF THE COUNCIL FOR ELECTRONIC MEDIA ON THE RIGHT OF PRIVACY	18
BG: DECISIONS OF THE ETHICS COMMISSION ON DISCRIMINATION.....	19
BG: DECISIONS OF THE ETHICS COMMISSION ON BREACHING THE RIGHT TO PRIVACY	20
FI: CONFIDENTIALITY OF SOURCES REMAINS.....	21
IE: COURT OF APPEAL ORDERS CHANNEL 4 TO DISCLOSE RESEARCH FOR INVESTIGATIVE PROGRAMME.....	23
IE: OBERSTES ZIVILGERICHT ERLAUBT VERÖFFENTLICHUNG VON IDENTIFIZIERENDEN ZEITUNGSARTIKELN.....	24
IT: COOKIE-LEITLINIEN DER DATENSCHUTZBEHÖRDE IN KRAFT GETRETEN.....	25
LV: THE PROBLEM OF A DEFAMATION PROVISION IN LATVIAN CRIMINAL LAW	26
SE: THE SWEDISH SUPREME COURT’S DECISION ON A SEARCH WARRANT FOR AN EDITORIAL OFFICE.....	28
US: THE OBLIGATION TO CONSIDER FAIR USE	30

CoE: Verbot der Veröffentlichung finnischer Steuerdaten bringt Meinungsfreiheit und Recht auf Privatheit zu angemessenem Ausgleich

Das von finnischen Behörden ausgesprochene Verbot der Veröffentlichung von Steuerdaten finnischer Bürger in großem Umfang verstößt nicht gegen die Meinungs- und Informationsfreiheit. Das hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) mit Urteil vom 21.7.2015 entschieden. Vielmehr hätten die Behörden einen angemessenen Ausgleich zwischen der Meinungs- und Informationsfreiheit (Art. 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention, EMRK) und dem Recht auf Achtung des Privatlebens (Art. 8 EMRK) gefunden. Insbesondere könne sich der veröffentlichende Verlag nicht auf Ausnahmen von den finnischen Datenschutzvorschriften berufen, die eine Verarbeitung zu journalistischen Zwecken gestatten.

Beschwerdeführer waren zwei kooperierende Medienunternehmen, Satakunnan Markkinapörssi Oy und Satamedia Oy, die in ihrem Magazin Veropörssi seit 1994 jährlich ein Einkommens- und Vermögensverzeichnis der finnischen Bevölkerung veröffentlichten. Die zugrundeliegenden Daten waren bereits zuvor von den finnischen Steuerbehörden in Übereinstimmung mit nationalem Recht veröffentlicht worden. Später bot Satamedia darüber hinaus einen SMS-Dienst an, mit dem die betreffenden Informationen über eine bestimmte Person abgefragt werden konnten. Die Verarbeitung der Daten in dem gegebenen Umfang, die im streitgegenständlichen Jahr 2002 etwa ein Drittel der finnischen Bevölkerung umfasste, wurde vom finnischen Datenschutzbeauftragten beanstandet, da sie eine unzulässige Verarbeitung personenbezogener Daten darstelle. Die im finnischen Datenschutzgesetz vorgesehenen Ausnahmen für journalistische Tätigkeiten fänden auf den vorliegenden Fall keine Anwendung. Nachdem der Datenschutzausschuss die Auffassung des Datenschutzbeauftragten nicht teilte, kam es im Weiteren zu einem verwaltungsgerichtlichen Verfahren. In dessen Rahmen hatte der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) auf Vorlage des Finnischen Obersten Verwaltungsgerichts den Anwendungsbereich der in Art. 9 der Datenschutzrichtlinie (RL 95/46/EG) geregelten Ausnahme für journalistische Tätigkeiten – auf der die nationalen Regelungen beruhen – zu bestimmen (s. dazu MMR 2009, S. 175). Nach Auffassung des EuGH war diese Ausnahme zum Schutz des Grundrechts auf Privatheit eng auszulegen. Das Oberste Verwaltungsgericht entschied daraufhin in letzter Instanz zugunsten des Datenschutzbeauftragten und verbot den beiden Unternehmen die fraglichen Tätigkeiten, da das öffentliche Interesse eine Veröffentlichung der Daten in dem vorliegenden Umfang nicht erfordere.

Der EGMR kam in seinem Urteil zu der Auffassung, dass das Oberste Verwaltungsgericht die nach der EGMR-Rechtsprechung erforderlichen Abwägungen zwischen der Meinungs- und Informationsfreiheit und dem Recht auf Privatheit in überzeugender Weise getroffen habe. Es hätte daher aus Sicht des EGMR gewichtiger Gründe bedurft, um diese Beurteilung durch die eigene zu ersetzen. Diese sah der Gerichtshof hier nicht als gegeben an. Schließlich betonte der Gerichtshof, dass das Urteil nicht die Veröffentlichung von Steuerdaten generell verbiete, sondern lediglich in dem streitgegenständlichen Umfang. Dass die Veröffentlichung in Veropörssi in den Jahren nach 2009 unterblieb und der SMS-Dienst eingestellt wurde, sei keine direkte Folge des Urteils gewesen, sondern eine ökonomische Entscheidung der Beschwerdeführer. Auch eine Verletzung des Diskriminierungsverbots (Art. 14 EMRK) sah der EGMR als nicht gegeben an: Die beiden Unternehmen seien nicht gegenüber anderen Zeitungen, die ebenfalls Steuerdaten veröffentlichten, ungleich behandelt worden, da der Umfang der veröffentlichten Daten in den anderen Medien deutlich geringer sei. Damit fehle es an einer ähnlichen Situation.

Dagegen stellte der EGMR eine Verletzung des Rechts auf rechtliches Gehör innerhalb einer angemessenen Frist (Art. 6 Abs. 1 EMRK) fest. Die Verfahrensdauer von über acht Jahren sei auch unter Berücksichtigung der Komplexität des Falles übermäßig lang und stelle daher keine „angemessene Frist“ dar.

Das U. des EGMR v. 21.7.2015, Beschwerdenr. 931/13 – Satakunnan Markkinapörssi Oy und Satamedia gg. Finnland, ist abrufbar unter:

<http://hudoc.echr.coe.int/eng?i=001-156272>

Das U. des EuGH v. 16.12.2008, Rs. C-73/07 – Satakunnan Markkinapörssi Oy und Satamedia, ist abrufbar unter:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=76075&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=348589>

Rechtsanwalt Sebastian Schweda

DE: Das „Recht auf Vergessenwerden“ kann erst recht gegenüber dem Betreiber eines Online-Archivs geltend gemacht werden

Mit Urteil vom 7.7.2015 hat das OLG Hamburg entschieden, dass das „Recht auf Vergessenwerden“ auch gegenüber dem Betreiber eines Online-Archivs geltend gemacht werden kann (Az. 7 U 29/12). Der Kläger machte einen Unterlassungsanspruch gegen den Verleger einer überregionalen Tageszeitung und Betreiber des zugehörigen Internetauftritts geltend. Dort wurden neben aktuellen Meldungen auch länger zurückliegende Berichte in einem Online-Archiv bereitgehalten, u. a. über die Einleitung, den Verlauf sowie die Einstellung eines staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens gegen den Kläger sowie auch Reaktionen Dritter hierzu aus den Jahren 2010 und 2011. Gegenstand des Verfahrens war eine Strafanzeige gegen den Kläger, laut der er anonym an einen Politiker beleidigende und verleumderische Schreiben gefaxt haben soll. Nachdem das Verfahren gegen Zahlung von € 40.000,00 eingestellt worden war, wurden die konkreten Umstände in der Tagespresse kritisiert und kommentiert. Der Kläger beanstandete, dass der Beklagte die Berichterstattung über die betreffenden Vorgänge überhaupt noch zugänglich hielt. Die undatierten Beiträge auf der Website des Beklagten waren auch nach 2012 bei Eingabe des Namens des Klägers auf „google.de“ als oberste drei Suchergebnisse aufzufinden. Der Kläger begehrte die Unterlassung der Berichterstattung über das Ermittlungsverfahren unter Nennung seines Namens oder in sonstiger identifizierender Weise. Das LG Hamburg wies die Klage mit Urteil vom 30.3.2012 ab (324 O 9/12). Dem Kläger stehe ein Unterlassungsanspruch nicht zu. Dem Beklagten eine Löschung oder Änderung der zunächst rechtmäßig verbreiteten Beiträge aufzugeben, stelle einen erheblichen Eingriff in die Pressefreiheit dar, den die Beeinträchtigung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts des Klägers nicht rechtfertige. Die Berichterstattung betreffe einen Gegenstand von im Zeitpunkt der Veröffentlichung hohem öffentlichem Interesse, habe einen bloßen Verdacht zum Inhalt und der Kläger werde darin nicht als überführter Täter dargestellt.

Auf die Berufung des Klägers hob das OLG Hamburg die Entscheidung der Vorinstanz nun auf und gab der Klage teilweise statt. Dem Kläger stehe zwar kein dahingehender Anspruch gegen den Beklagten zu, die künftige Weiterverbreitung der Beiträge in seinem Online-Archiv zu unterlassen. Jedoch sah das Gericht die Berufung insoweit als begründet an, als der Kläger vom Beklagten verlangte, die besagten Beiträge so zu modifizieren, dass sie bei Eingabe des Namens des Klägers in Internet-Suchmaschinen nicht in deren Ergebnislisten ausgewiesen werden. Dies ergebe sich aus § 1004 Abs. 1 S. 1 BGB analog i. V. m. dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht. Der Umstand, dass über das Internet die Berichte über das gegen den Kläger gerichtete Ermittlungsverfahren für jeden Internetnutzer ohne Aufwand und durch bloße Eingabe des Namens des Klägers in einer Internet-Suchmaschine dauerhaft auffindbar und abrufbar seien, beeinträchtige das Persönlichkeitsrecht des Klägers in nicht unwesentlichem Maße. Denn auf diese Weise werde die Verbreitung von Mitteilungen perpetuiert, die geeignet seien, sein Ansehen in der Öffentlichkeit nachhaltig zu beeinträchtigen. Diese Beeinträchtigung wiege umso schwerer, als das öffentliche Interesse nicht mehr im ursprünglich ausreichenden Maße vorliege.

Soweit nach dem Urteil des EuGH vom 13.5.2014 — C 131/12 — (MMR 2014, 455) ein solcher Anspruch gegenüber den Betreibern von Internet-Suchmaschinen geltend gemacht werden könne, müsse ein solcher Anspruch erst recht gegenüber den Urhebern der entsprechenden Beiträge bestehen.

Das Urteil ist abrufbar unter
<https://openjur.de/u/838786.html>

Tobias Raab

DE: Youtube und Google haften als Störer für Urheberrechtsverletzungen ihrer Nutzer

In zwei U. vom 1. Juli 2015 hat das OLG Hamburg über den Umfang der Haftung des Betreibers einer Videoplattform für die von seinen Nutzern hochgeladenen Inhalte entschieden — 5 U 87/12 und 5 U 175/10. Das Gericht erklärte, dass es zu den zumutbaren Pflichten eines Plattformbetreibers gehöre, die Veröffentlichung aller Fassungen eines Werkes zu verhindern, welches unter Verletzung von Urheberrechten auf seine Plattform hochgeladen werde.

In beiden zugrundeliegenden Sachverhalten hatten private Nutzer der Plattform Videos mit urheberrechtlich geschützter Musik hochgeladen, ohne Verwertungsrechte an den Musiktiteln inne zu haben. In einem der beiden Verfahren hatte die Verwertungsgesellschaft, die die Rechte an den betroffenen Musiktiteln wahrnimmt, von der Betreiberin der Videoplattform die Abgabe einer Unterlassungserklärung in Bezug auf zwölf Musiktitel gefordert. Im zweiten Verfahren hatte der Rechteinhaber verschiedener Musikstücke sowohl Schadenersatz als auch die Unterlassung der öffentlichen Zugänglichmachung von der Betreiberin der Plattform und auch von deren Muttergesellschaft gefordert. In beiden Verfahren vertraten die Kläger die Ansicht, dass der Plattformbetreiber als Täter für die Urheberrechtsverletzungen hafte, da er sich die von seinen Nutzern hochgeladenen Videos zu eigen mache.

Die Beklagten vertraten die Ansicht, für die Urheberrechtsverletzungen nicht haften zu müssen, da sie die fraglichen Videos weder erstellt noch hochgeladen hätten und zudem alle zumutbaren Maßnahmen zur Verhinderung von Urheberrechtsverletzungen getroffen hätten.

Das OLG schloss in beiden Verfahren eine täterschaftliche Haftung der Beklagten aus und verneinte somit einen Anspruch auf Schadenersatz. Es widersprach jedoch der Ansicht der Beklagten, alle zumutbaren Maßnahmen getroffen zu haben, um Urheberrechtsverletzungen zu verhindern, und bejahte stattdessen eine Haftung der Beklagten als Störer. Nach einem erfolgten Hinweis auf eine rechtswidrige Tätigkeit seiner Nutzer habe der Plattformbetreiber nicht nur das konkrete Angebot unverzüglich zu sperren, sondern er müsse auch dafür sorgen, dass es nicht zu weiteren, gleichartigen Rechtsverletzungen kommt. Der Plattformbetreiber müsse demnach nicht nur verhindern, dass die besagte Version des Werkes, auf die er aufmerksam gemacht wurde, nicht mehr veröffentlicht wird, sondern er habe die Veröffentlichung aller Fassungen des betroffenen Werkes zu verhindern.

Die Pressemitteilung des OLG Hamburg vom 1. Juli 2015 ist abrufbar unter:

<http://justiz.hamburg.de/oberlandesgericht/4542880/pressemeldung-2015-07-01-olg-01/>

Gianna Iacino, LL.M.

DE: Three verdicts about the freedom of information of press members

Lately, there have been three important decisions from German courts concerning the freedom information law. All of them were legal fights between journalists on the one hand and political institutions on the other hand.

In the first verdict on 25 June 2015 the German Supreme Administrative Court (Bundesverwaltungsgericht, BVerwG) in Leipzig decided in favour of two different complainants, that the German Bundestag (German Parliament) has to grant access to elaborations of its scientific services (case no. 7 C1.14 and 7 C2.14). One of the plaintiffs works as a journalist for a nationwide daily newspaper. He tried to get access to copies of documents of the scientific service of the Bundestag. The documents were used by a former German politician for his dissertation. The journalist claimed, he had a right to see the documents because of the German freedom of information law (Informationsfreiheitsgesetz). The second plaintiff also wanted to see documents of the scientific service of the Bundestag, these papers treated the search for extra-terrestrial intelligence on behalf of the request of an Member of Parliament.

The Bundestag refused both requests and argued that the law about the freedom of information wasn't applicable. The documents would be part of the mandate-activity of the members of Parliament and therefore excluded from public access. Two lower instance courts followed the opinion of the Bundestag and dismissed the actions.

However, the judges of the BVerwG didn't share the Bundestag's opinion and decided in favour of the journalists. According to the BVerwG, as far as expertise and other works of the scientific services are concerned, the Bundestag is an administrative agency which has the duty to give information under the German freedom of information law. The judges pointed out that the obligation to grant access to the documents is not affected by the fact that members of Parliament use the documents for their parliamentary activity, for which the freedom of information law does not apply.

The BVerwG also pointed out that the copyright of the documents does not preclude the right of the journalists to get access to the information or to make copies of the papers.

On 20 July 2015 in another verdict the BVerwG decided that journalists have no right to information on the content of the NSA-sector list (case no. 6 VR 1.15). In this case, the plaintiff is a publisher of a newspaper who's editorial board wanted to get information about the sector list from the German Federal Intelligence Service (Bundesnachrichtendienst, BND). The editors wanted to identify which corporations with headquarters in Germany and German citizens stand on the list. In addition they wanted to know about the changes compared to the previous sector list. But the BND refused to answer any of their questions. Operative issues of its work would only be told to the Federal government (Bundesregierung) and the secret working committees of the Bundestag. The editor emphasized the importance of the freedom of press, which is based in the German constitution.

The BVerwG dismissed the journalists action and decided that the Federal Government had important and legitimate reasons to keep the information secret. According to the Court it is the Federal Intelligence Service's task to collect information of importance to the foreign and security policies of Germany. Therefore, it is of great importance to the Agency to be able to work undercover. Additionally, it is important for the Agency to be able to cooperate with other Security Agencies without breaking their trust, by giving important and secret information to the press.

In the third case, one of the biggest publishing houses in Germany (Axel Springer AG) tried to get all files on a deceased suspected terrorist from the Ministry of Defence. The deceased was suspected to be a member of the Nationalsozialistischer Untergrund (NSU), a German right-wing extremist terrorist group. The ministry refused the request, because the files were part of the work of a committee of inquiry regarding the NSU. A release of the information about the suspected terrorist could impair the independence of the committee. In addition, the requested information would be mainly either personal data or documents of the German military counterintelligence (Militärischer Abschirmdienst, MAD). According to the ministry both – personnel data as well as documents of the MAD – were generally excluded from the right to information.

The regional administrative court in Cologne decided in favour of the Ministry of Defence (case no. 13 K 3809/13). According to the judges, the publisher has no claim to the documents based on the freedom of information law. With regard to the files of the MAD – as to all files of secret services – there is no general right to get access. Furthermore, the rules on the protection of personal data apply post mortem as well, and therefore also in favour of the deceased suspected terrorist. Finally, the court stated that the right for the protection of personnel data outweighs the right to information.

The press release of the Bundesverwaltungsgericht of 25 June 2015 regarding the case no. 7 C1.14 and 7 C2.14 is available at:

<http://www.bverwg.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung.php?jahr=2015&nr=53>

The decision of the Bundesverwaltungsgericht of 20 July 2015 (case no. 6 VR 1.15) is available at:

<http://www.bverwg.de/entscheidungen/entscheidung.php?ent=200715B6VR1.15.0>

The decision of the Administrative Court of Cologne from 25 June 2015 regarding the case no. 13 K 3809/13 is available at:

https://www.justiz.nrw.de/nrwe/ovgs/vg_koeln/j2015/13_K_3809_13_Urteil_20150625.html

Ass. iur. Ingo Beckendorf

DE: The freedom of State Secrets

In the summer 2015 Germany is facing an intense public debate on the role of investigative journalism and the freedom of the press, after the Federal Attorney General in May 2015 initiated investigations for treason against two journalists of the German blog “netzpolitik.org” and as a result was sent into retirement by the Minister of Justice.

“Netzpolitik.org” is a blog focused on digital rights and politics. In February and May 2015 two journalists of the blog published two articles regarding the German Federal Office for the Protection of the Constitution, and its plan to implement a new department called “Extended Specialist Support Internet” (Erweiterte Fachunterstützung Internet). The first article contained an excerpt of the agency’s budget plan for the “Bulk Data Analysis of Internet Content” (Massenauswertung von Internetinhalten) and the other article contained the classified organizational plan, as well as the classified personnel plan for the implementation of the new department. When the president of the Federal Office for the Protection of the Constitution learned that classified documents had been published, he registered a criminal complaint against unknown persons, since the journalists source was unknown. In May 2015, following the complaint the Federal Attorney General initiated investigations for treason against the two journalists and their unknown source, and informed the Ministry of Justice about the investigations.

According to § 95 of the German Criminal Law treason is the publication of state secrets, which leads to an endangerment of Germany’s security. What constitutes as a State Secret is defined in § 93 of the German Criminal Law: Facts, knowledge and objects which have to be kept secret from foreign powers to keep harm from Germany’s security. Thus, one of the questions to be answered by the investigation was, whether the published documents were State Secrets as defined by the law. Therefore, on 19 June 2015 the Federal Attorney General requested a legal opinion on the matter.

Several weeks later – at the end of July – the Federal Attorney General officially informed the two journalists about the investigation against them. The journalists published the Attorney’s letter immediately on their blog which lead to a big public outcry in Germany about an infringement of the freedom of press. In the following public debate on the one hand it was discussed whether the initiation of investigations against journalists for the publication of documents already constitutes an infringement of the freedom of press, while on the other hand some voices questioned whether bloggers are “real” journalists falling under the protection of the freedom of press.

Two month after the Ministry of Justice was informed about the investigations and only one day after the publication of the Attorney’s letter and the following public debate, the German Minister for Justice stated publicly his intent to request another legal opinion on the question whether the published documents were State Secrets. Furthermore, he declared to have reached an understanding with the Federal Attorney General about the withdrawal of his request for a legal opinion.

However, the Federal Attorney General had a very different perception of the conversation with the Ministry of Justice. After he received the preliminary result of his expert’s opinion classifying the published documents as State Secrets, he gave a press conference to declare that he was being forced by the Ministry to ignore these results and instead base his further actions on the results of the legal opinion requested by the Ministry. He described the Ministers actions as an “unbearable infringement on the independence of the judiciary”. On the same day the Minister of Justice send the Federal Attorney General into retirement and a week later the investigations against the journalists were closed.

However, in this context it is noteworthy that the Federal Attorney General is part of the prosecution and not of the Judiciary, and that the German prosecution is not an independent authority but rather bound by intrusions by the Ministry of Justice. Nevertheless, the Federal Attorney General's last statement sparked a discussion on the dependence of German Law Enforcement Agencies and the questions whether they should rather be independent.

In another case regarding classified papers, the Higher Regional Court from Cologne (Oberlandesgericht Köln) has decided that military position reports can be protected by copyright law and that their publication can therefore be prevented by the copyright holder (verdict from 12 June 2015, case no. 6 U 5/15).

A German media company published leaked classified military position reports online. The plaintiff – as the author of the reports – sued for an injunction regarding the publication of the documents based on copyright laws. The defendant argued that a balance of interest was necessary between the copyright of the plaintiff and the rights of freedom of expression and freedom of press of the defendant, because the copyright was used to prevent the publication of classified documents. The Court decided that it was not justified to publish the documents in full and that a publication of excerpts of the documents is sufficient to protect the defendant's right to freedom of expression and to freedom of press.

The verdict of the Higher Regional Court in Cologne from 12 June 2015 is available at: https://www.justiz.nrw.de/nrwe/olgs/koeln/j2015/6_U_5_15_Urteil_20150612.html

Ass. iur. Gianna Iacino, LL.M.

DE: Decisions of Higher Regional Courts regarding the accuracy of media coverage

On 9 September 2015, the Higher Regional Court of Karlsruhe (Oberlandesgericht Karlsruhe, OLG) granted the right of reply to a German TV host to the publication of a headline on the front page of a weekly magazine (case no. 6 U 110/15). On 11 April 2015, the periodical published on the front page the headline "Shock confession – Is his marriage in crisis?" next to a picture of the TV host and his wife. The article inside the magazine was about a comment made by the TV host in his show as a reply to the guest's opinion on his own marriage. The TV host stated that he personally would marry again if his marriage would crumble. However, he did not comment on the status of his own marriage, but he expressed his opinion about a hypothetical situation.

The OLG confirmed the decision of a lower instance court in Baden-Baden. The lower instance court had noticed that the headline of the magazine contained the factual claim that the TV host had confessed something in regard to his marriage. Since this was not the case, the Court granted the TV host the right to reply "I did not confess anything related to my marriage" and obliged the publisher to print the reply in an "appropriate font size" on the front page of the publication, according to Article 11 of the Press Law of Baden-Württemberg. The publisher of the magazine appealed against the decision of the first instance court to the OLG, arguing that this measure represented a disproportionate interference with the freedom of the press. Nevertheless, the Court in Karlsruhe found the text of the reply accurate and reasonable within the scope of the press coverage and, consequently, rejected the appeal of the publisher.

On 9 September 2015, in two other separate judgments, the Higher Regional Court of Hamburg (Oberlandesgericht Hamburg, OLG) decided that a satirical TV show of the German public broadcaster ZDF had infringed the personality rights of a journalist, as well as of the editor of the German weekly newspaper "Die Zeit" (case no's. 7 U 120/14, 7 U 121/14).

In April 2014, ZDF broadcast a satirical show under the theme: "The influence of elites on German media". The hosts of the TV show outlined on a chart several connections of the journalist and the editor to transatlantic lobbying organizations, claiming they were Members, respectively representatives of the Advisory Boards of several of these organisations. The TV show hosts joked about the alleged positions and functions of the journalists, which — according to the TV show hosts — could be the reason why their newspaper only comes out weekly. The journalist and the editor both applied to court for an injunction. They claimed the infringement of their personality rights, arguing they did not have any connections to the transatlantic lobbying organisations. The Court decided that ZDF had made several public assessments which were not immediately recognizable as incorrect for the audience. Furthermore, the court decided that the illustrations on the charts could have been understood literally. Therefore, according to the court, the impression arose that the connections of the two journalists to the various organizations actually existed, although this was not the case. Therefore, OLG Hamburg ruled that the program was an infringement of the personality rights of the two journalists, and prohibited the rerun of the program, as well as the publication of the program in the media library of the public broadcaster.

The press release of the OLG Karlsruhe is available in German language at:

<http://www.olg-karlsruhe.de/pb/,Lde/Guenther+Jauch+obsiegt+erneut+mit+Gegendarstellungsanspruch+auf+Titelseite/?LISTPAGE=1149727>

Cristina Bachmeier, LL.M.

DE: LG Frankenthal bejaht Beweisverwertungsverbot für nach § 101 Abs. 9 UrhG erlangte Daten

Das LG Frankenthal hat mit Urteil vom 11. August 2015 entschieden, dass nach § 101 Abs. 9 UrhG erlangte Auskünfte in solchen Fällen einem Beweisverwertungsverbot unterliegen, in denen nicht der Netzbetreiber, sondern ein Reseller Vertragspartner des Endkunden ist, das Auskunftsverfahren jedoch ohne dessen Beteiligung durchgeführt wurde (Az. 6 O 55/15).

Der Beklagte war im vorliegenden Fall Inhaber eines Internetanschlusses. Vertragspartner und Provider des Internetanschlusses des Beklagten war die 1&1 Internet AG. Die Deutsche Telekom AG hingegen war Betreiberin des betreffenden Netzes. Die Klägerin hatte als Inhaberin der ausschließlichen Nutzungs- und Vertriebsrechte an dem Computerspiel „Dead Island – Riptide“ festgestellt, dass von einem Internetanschluss, dem eine bestimmte IP-Adresse zugewiesen war, das besagte Spiel zu drei verschiedenen Zeitpunkten in einer vollständigen und lauffähigen Version in einem P2P-Netzwerk rechtswidrig zum Herunterladen zur Verfügung gestellt worden war. Die Klägerin betrieb daraufhin ein Auskunftsverfahren gemäß § 101 Abs. 9 UrhG vor dem LG Köln, um festzustellen, wem die zuvor ermittelte IP-Adresse zum Tatzeitpunkt zugewiesen war. An diesem Verfahren wurde die Deutsche Telekom AG, nicht aber die 1&1 Internet AG beteiligt. Nach Erteilung der entsprechenden Auskunft durch die Deutsche Telekom AG mahnte die Klägerin den Beklagten am 26. August 2013 wegen des unerlaubten Angebotes des Spiels zum Download durch Dritte in einem P2P-Netzwerk ab. In dem darauf folgenden Klageverfahren machte die Klägerin urheberrechtliche Unterlassungsansprüche gegen den Beklagten geltend. Um ihrer Beweislast nachzukommen, legte die Klägerin die von ihr vor dem LG Köln erwirkte Auskunft der Deutschen Telekom AG vor. Die Klägerin sah es als unschädlich an, dass die Auskunft von der Netzbetreiberin erteilt wurde, während der Vertragspartner des Beklagten nicht am Verfahren beteiligt worden war, weil hierbei nur Auskunft über Bestandsdaten, nämlich Namen und Anschrift des Beklagten, erteilt worden sei. Der Beklagte widersprach der Verwertung der so erlangten Daten. Nach Ansicht des LG Frankenthal unterlagen die erlangten Auskünfte einem Beweisverwertungsverbot. Soweit Netzbetreiber und Endkundenanbieter nicht identisch seien, sei am Auskunftsverfahren nach § 101 Abs. 9 UrhG der allein als Vertragspartner des Anschlussinhabers in Erscheinung tretende Accessprovider („Reseller“) zu beteiligen. Ohne ein solches Verfahren erlangte Daten unterlägen in einem späteren Prozess gegen den Anschlussinhaber einem Beweisverwertungsverbot. Durch die unterbliebene Beteiligung der 1&1 Internet AG sei dies vorliegend der Fall.

Mit Urteil vom 25. August 2015 nahm auch das AG Rostock in einem gleich gelagerten Fall ein Beweisverwertungsverbot an (Az. 48 C 11/15). Auch nach Auffassung des AG Rostock bedürfte es zwingend einer richterlichen Gestattung bezüglich der Auskunftserteilung durch das Unternehmen 1&1 Internet AG, die nicht vorlag. Zwar müsse der Reseller die erhobenen Bestandsdaten im Rahmen eines telekommunikationsrechtlichen Auskunftsverlangens an den Netzbetreiber weitergeben; dies gelte jedoch nicht für ein urheberrechtliches Vorgehen. In derartigen Fällen sei durch den Netzbetreiber lediglich die Mitteilung des Namens und der Anschrift des Resellers als zulässig anzusehen.

Das Urteil des LG Frankenthal ist abrufbar unter
<http://www.online-und-recht.de/urteile/Datenschutzverletzungen-bei-P2P-Abmahnungen-Beweisverwertungsverbot-Landgericht-Frankenthal-20150811/>

Das Urteil des AG Rostock ist abrufbar unter
https://www.wbs-law.de/wp-content/uploads/2015/09/AG-Rostock-48_C-11_15.pdf

Tobias Raab

DE: ZAK fordert Anpassung der Sendersortierung von Tele Columbus und Primacom

Mit Pressemitteilung vom 15.09.2015 veröffentlichte die Kommission für Zulassung und Aufsicht (ZAK) der Landesmedienanstalten das Ergebnis der Überprüfung der Sendersortierung von Tele Columbus und PrimaCom. Danach führt die Sendersortierung der beiden Plattformanbieter nicht zu einer Ungleichbehandlung der Angebote im Kabel und entspreche somit nicht den medienrechtlichen Anforderungen.

Die ZAK erläuterte hierzu, dass eine chancengleiche und diskriminierungsfreie Darstellung in allen Listen zu beachten sei. Bei der Überprüfung der von den beiden Plattformanbietern ausgegebenen Receivern stellte die ZAK fest, dass verschiedene Programme eines Genres unterschiedlich behandelt werden durch die Auflistung in unterschiedlichen Bereichen. Eine Rechtfertigung für die unterschiedliche Behandlung der Programme des gleichen Genres ist laut ZAK weder ersichtlich, noch durch die Plattformanbieter vorgetragen. Beiden Unternehmen wird nun die Möglichkeit gegeben, eine den medienrechtlichen Vorgaben entsprechende, nachvollziehbare neue Sortierlogik auszuarbeiten.

Die ZAK weist jedoch auch ausdrücklich darauf hin, dass nur ein Bruchteil der Receiver von den Plattformanbietern selbst ausgegeben werden. Die im Handel frei erhältlichen Geräte seien nicht von der Entscheidung der ZAK erfasst. Dies führe im Endergebnis zu einer neuen, unterschiedlichen Sortierung der Sender auf den verschiedenen Receivern. Es sei deshalb eine generelle Optimierung der Sortierlogik notwendig. Von den Medienanstalten wird deswegen eine Anpassung der entsprechenden Bestimmungen des Rundfunkstaatsvertrages gefordert.

Die Pressemitteilung der ZAK ist abrufbar unter:

<http://www.die-medienanstalten.de/presse/pressemitteilungen/kommission-fuer-zulassung-und-aufsicht/detailansicht/article/zak-pressemitteilung-102015-plattformregulierung-pruefung-der-sendersortierung-von-tele-columbus.html>

Katrin Welker

DE: Bundeskartellamt verneint Kartellrechtsverletzung durch verkürzte Inhalte-Vorschau durch Google

Das Bundeskartellamt hat am 9. September 2015 bezüglich des Vorgehens von Google im Zusammenhang mit der Einführung des Leistungsschutzrechts entschieden, kein kartellrechtliches Verfahren gegen den Suchmaschinenanbieter einzuleiten.

Der Entscheidung war ein Streit zwischen Google und der Verwertungsgesellschaft VG Media vorausgegangen. Nach dem zum 1. August 2013 eingeführten Leistungsschutzrecht für Presseverleger werden bei der Verwertung von Verlagsinhalten im Internet grundsätzlich Lizenzgebühren fällig. Nur noch kleinste Vorschautexte, sog. „Snippets“, können nach wie vor unentgeltlich genutzt werden. Nach der Einführung des Leistungsschutzrechts forderte die VG Media für die von ihr vertretenen Verlage entsprechende Lizenzzahlungen von Google und strengte ein zivilrechtliches Verfahren gegen den Konzern an. Um sich gegen das Risiko einer Zahlungspflicht abzuschirmen, versuchte der Internetkonzern die Verlage zu einer Einwilligung in die kostenfreie Nutzung der Inhalte zu bewegen und kündigte an, Vorschautexte andernfalls nur noch verkürzt darzustellen. Gegen diese Ankündigung der verkürzten Darstellung der Vorschautexte reichte die VG Media eine Beschwerde beim Bundeskartellamt ein mit der Begründung, ein solches Vorgehen verstoße gegen kartellrechtliche Vorschriften.

Das Bundeskartellamt sah in den von Google vorgebrachten Motiven einen sachlichen Rechtfertigungsgrund für das Vorgehen des Suchmaschinenanbieters gegenüber den Verlagen. Auch ein marktbeherrschendes Unternehmen könne kartellrechtlich nicht dazu verpflichtet werden, bei einer ungeklärten Rechtslage ein erhebliches Schadensersatzrisiko einzugehen. Ferner bestehe ein öffentliches Interesse am Geschäftsmodell von Suchmaschinen. Zwänge man Suchmaschinenanbieter in Geschäftsverhandlungen mit bestimmten Webseitenbetreibern, so würden vor allem die Nutzer darunter leiden, dass das Konzept der universalen Verlinkbarkeit, welches die Möglichkeit zur Beschreibung der Links umfasst, beeinträchtigt würde. Ein förmliches Verfahren gegen Google wegen einer möglichen Diskriminierung der VG Media wurde vom Bundeskartellamt daher nicht eingeleitet. Außerdem erklärte die Behörde, dass nicht das Kartellrecht, sondern vielmehr das Leistungsschutzrecht den Kern der Auseinandersetzung bilde, über dessen Anwendung und Reichweite Zivilgerichte zu entscheiden hätten. Zwar könne eine Totalauslistung bestimmter Verlage gegen das kartellrechtliche Diskriminierungsverbot verstoßen. Gleiches gelte für eine Veränderung der Ergebnisliste durch Google, die über eine bloße Sortierung nach der Relevanz für die Suchanfrage hinausginge. Ein solcher Fall Kürzung der Inhalte-Vorschau allerdings nicht vor, diese sei kartellrechtlich nicht zu beanstanden.

Auch stellte das Bundeskartellamt klar, dass es keine Überschneidungen zwischen der vorliegenden Streitigkeit zwischen der VG Media und Google mit dem derzeit anhängigen Google-Verfahren der Europäischen Kommission gebe. Im Jahr 2010 hatte eine Vielzahl nationaler Wettbewerbsbehörden, zu denen auch das Bundeskartellamt zählte, diverse Beschwerden gegen Google wegen der Bevorzugung eigener Dienste an die Kommission abgegeben. So sollte die grenzüberschreitende Thematik in einem europaweiten Verfahren gebündelt werden.

Unterdessen hat die Schiedsstelle des Deutschen Patent- und Markenamtes mit drei Einigungsvorschlägen vom 24. September 2015 über die Anträge der VG Media im Streit um die Anwendbarkeit und Angemessenheit ihres im Jahr 2014 veröffentlichten "Tarif Presseverleger" entschieden, in dem unter anderem der Tarif für die Nutzung von Textausschnitten durch Suchmaschinenanbieter. In ihrer Entscheidung nimmt die Schiedsstelle erstmals zu den zahlreichen verfassungs- und unionsrechtlichen sowie inhaltlichen Fragen im Zusammenhang mit dem 2013 eingeführten Presseleistungsschutzrecht Stellung. Den Tarif der VG Media hält sie grundsätzlich für anwendbar,

sieht die von ihr zugrunde gelegte Bemessungsgrundlage der tariflich definierten Umsätze der Suchmaschinenanbieter jedoch als zu weit gefasst an. Auch sei der Tarif in seiner gegenwärtigen Form nicht angemessen, da die aktuelle Tarifhöhe von 6% zu hoch erscheine. Auch ergebe sich das Erfordernis einer einschränkenden Auslegung, so die Schiedsstelle. So sei es unumgänglich, für den gesetzlichen Ausnahmetatbestand der "einzelnen Wörter" und "kleinsten Textausschnitte" eine konkrete Wortzahlgrenze anzugeben. Hierbei schlägt die Schiedsstelle eine feste Obergrenze von sieben Wörtern unter Ausschluss der Suchbegriffe vor.

Die Pressemitteilung des Bundeskartellamts zur Entscheidung ist abrufbar unter http://www.bundeskartellamt.de/SharedDocs/Meldung/DE/Pressemitteilungen/2015/09_09_2015_Google_VGMedia.html;jsessionid=0CF8FCE0C02631C004DF1F173F7B9A01.1_cid387?nn=3591286

Die Pressemitteilung Schiedsstelle des Deutschen Patent- und Markenamtes ist abrufbar unter <http://www.dpma.de/service/dasdpmainformiert/hinweise/tarifpresseverleger/index.html>

Tobias Raab

AT: Handelsgericht in Wien entscheidet über Leerkassettenvergütung

Am 26.08.2015 hat das Handelsgericht Wien entschieden, dass die österreichische Regelung zur Leerkassettenvergütung nicht mit der InfoSoc-RL und der Rechtsprechung des EuGH vereinbar ist.

Die Verwertungsgesellschaft Austro-Mechana machte einen Anspruch auf Zahlung der sog. Leerkassettenvergütung gemäß § 42 b UrhG für alle von Amazon verkauften Speichermedien geltend. Die Verwertungsgesellschaft gewann die Verfahren in erster und zweiter Instanz. Der Oberste Gerichtshof setzte das Verfahren jedoch aus, um dem EuGH mehrere Fragen zur Auslegung der InfoSoc-RL 2001/29/EG im Vorabentscheidungsverfahren vorzulegen. Nach der InfoSoc-RL steht Urhebern das ausschließliche Recht zu, die Vervielfältigung ihrer Werke zu verbieten oder zu erlauben. Jedoch sieht die RL von diesem Recht eine Ausnahme vor: das Recht zur Erstellung von Privatkopien. Solche Privatkopien sind nach der RL allerdings nur dann rechtmäßig, wenn den Urhebern für die Erstellung solcher Privatkopien „ein gerechter Ausgleich“ zufließt. Dieser gerechte Ausgleich wird den Urhebern in Österreich durch die bereits erwähnte Leerkassettenvergütung, also durch eine Abgabe auf den Erstverkauf von zur Vervielfältigung geeigneten Speichermedien, gewährt.

In seinem U. v. 11.7.2013 — Rs. C-521/11 — stellte der EuGH fest, dass die Erhebung der Leerkassettenvergütung dann nicht mit der RL vereinbar ist, wenn das betroffene Speichermedium offensichtlich nicht zur Anfertigung von Privatkopien verwendet werden soll. Sieht die Regelung zur Erhebung der Leerkassettenvergütung allerdings die Möglichkeit der Erstattung der gezahlten Vergütung vor, für den Fall, dass keine Privatkopien angefertigt werden, kann die Vorschrift mit der RL vereinbar sein. Ob die österreichische Regelung zur Leerkassettenvergütung diesen Vorgaben entspricht und ob die Erstattung der Vergütung nach der Regelung nicht übermäßig schwierig und somit also mit der InfoSoc-RL vereinbar ist, habe der Oberste Gerichtshof allerdings selbst zu prüfen (MMR-Aktuell 2013, 348420).

Der Oberste Gerichtshof hob die Urteile der Vorinstanzen daraufhin auf und verwies den Rechtsstreit zurück an das Handelsgericht Wien. Das Handelsgericht Wien entschied nun, dass die österreichische Regelung zur Leerkassettenvergütung nicht den Vorgaben des EuGH entspricht. Die von der Regelung vorgesehene Möglichkeit der Erstattung der Abgabe sei nicht dazu geeignet, etwaige durch die Regelung geschaffene Ungleichgewichte auszugleichen. Die Möglichkeit der Erstattung sei den meisten Marktteilnehmern in Österreich unbekannt und schon deshalb nicht dazu geeignet, für einen ausreichenden Ausgleich zu sorgen. Zudem seien private Endabnehmer vollständig von der Möglichkeit der Erstattung der Abgabe ausgeschlossen.

Das Urteil des Handelsgerichts Wien vom 26.08.2015 ist abrufbar unter:

<https://docs.google.com/viewer?a=v&pid=sites&srcid=ZGVmYXVsdGRvbWFpbX3YXJuaW5nc2Zvcmlwb3duZXJzfGd4OjZlN2EwMjE2YzQ2MDZjYg>

Gianna Iacino, LL.M.

BG: Declaration of the Council for Electronic Media on the right of privacy

On 08 July 2015 the Council for Electronic Media (CEM) adopted a declaration which found an insufficient respect of personal privacy and personal data in media content and in the methods of its production. The Council reminds that the publication of personal information and data should be proportionate and not go beyond what is necessary to satisfy the legitimate public interest. Mere curiosity or the pursuit of sensationalism cannot justify the violation of the right to privacy.

Since ordinary people do not play a role in public life, they enjoy a greater degree of respect for their privacy. Their personal data should not be published without their consent. In some exceptional cases, information about a person can be published if the person intentionally or unintentionally attracts the attention of the public in connection with any important event or incident. In any case, when it comes to ordinary people, it should be kept in mind that they have a constitutional right to express their disapproval of being photographed, recorded, etc., and that for any information related to their personal life they should be asked for their explicit consent.

Personal data on children can be collected and distributed only with the consent of their parents or other legal representatives. When it comes to a child in a helpless situation, for example after a road accident and/or a child admitted in a hospital, even the consent of their parents or legal representatives may not be a sufficient justification for the involvement of the child in media material for journalistic purposes. In such cases, it should be considered that damage can be inflicted on the child's welfare with the dissemination of such information and the arousal of public interest.

In media coverage of any unproven crime, the right of the public to be informed should be taken into account, as much as the investigation, prosecution and judicial decisions in other criminal cases. However, media service providers should reflect these events impartially and objectively, without bias and refrain from publishing unverified allegations and claims. In connection to that, it is desirable that suppliers avoid presenting a person as guilty to the public before this person has been sentenced by a court. The media should not intensify the grief of the relatives of the victims, especially of children, and refrain from intensifying their psychological trauma of the experience.

Декларация на Съвета за електронни медии относно правото на личен живот (The Declaration of the Council for Electronic Media on the right of privacy) is available in Bulgarian language:

<http://www.cem.bg/actbg/5084>

Rayna Nikolova, New Bulgarian University

BG: Decisions of the Ethics Commission on discrimination

In July 2015, the Ethics Commission of Journalism Ethics (the Commission) had to rule on complaints concerning the discrimination of Roma on two TV shows. The Commission received the first complaint for discrimination from a citizen of Roma origin regarding the program on the channel BTV which aired on 8 April 2015. On the program, a Member of Parliament from the "Patriotic Front" party was interviewed about the changes in the election laws and the rules regarding election campaigning in the mother tongue. In the interview the Member of Parliament stated: "90% of all serious crimes are committed by Gypsies, the so-called petty crimes are performed by Gypsies, Bulgarian villages are under occupation as those Gypsies there ... ". However, the Commission found the complaint against the program for the discrimination of Roma to be unfounded, as the host of the TV show was not responsible for the language used by her interlocutor. On the contrary, the TV show host opposed the Member of Parliament on air, and did not accept his allegations and derogatory comments towards the Roma ethnic group.

The second complaint regarded a reportage on the TV channel "Scat". On 31 May 2015, on the noon news broadcast, a report was presented entitled "The village of Garmen. Gypsy outrages". The title was announced by the host of the program as information on "hostile Gypsies ahead of 24 May. These images belie what has been stated by Gypsies in front of our camera, that they were peacefully set." The report stated that one day before the celebration of one of the greatest Bulgarian holidays — the Day of Bulgarian Letters and Culture — villagers from the villages of Garmen, Ognyanovo, and Marchevo were involved in a conflict caused by "the waywardness of gypsies". Furthermore, the report claimed that local residents had told the reporters how they had suffered the gypsy outrage over the population every day for years. The report showed a resident of Garmen saying: "They come straight to kill with axes, with knives, with stones. They come to kill. There are children, young... they come to kill, too. We cannot tolerate them anymore!" The report informed viewers about a declaration by the residents of Garmen calling for the demolition of the illegal buildings in the Roma neighborhood of Garmen and for the displacement of the families from this ethnic group. The opinion of an elderly woman from that neighbourhood in question indicates that Roma are not thugs and thieves, while the cries of small children are heard: "We want peace, we want peace!"

The story ends with images of a crowd of people moving in a certain direction. Some of them are holding long wooden sticks. It cannot be not seen where they are going, against whom, or if they come into contact with anyone. However, the images are presented as "unique amateur" footage owned solely by the TV channel "Scat". The footage is accompanied by commentary stating that it shows "how Gypsies want peace and peaceful coexistence with sticks, hoes and axes".

The Commission found the complaint about the discriminatory nature of the report justified as the material was devoid of impartiality in the presentation of facts, their description and narration. A deliberately negative image was construed with a discriminatory effect for the participants of Roma origin of the report. The facts in the report were not clearly distinguished from the comments and assumptions. The broadcast editorial content was able to provoke and promote negative social attitudes towards the minority group of the village of Garmen, since its sole purpose was to instill ethnic intolerance by seemingly "balancing" the views of both sides of the story.

The Decisions of the Commission are available in Bulgarian language at:
<http://www.mediaethics-bg.org/index.php?do=56&lang=bg>

Rayna Nikolova, New Bulgarian University

BG: Decisions of the Ethics Commission on breaching the right to privacy

In July 2015, the Ethics Commission of Journalism Ethics (the Commission) had to decide upon complaints regarding the infringement of the right to privacy in two separate cases.

One complaint had been filed because of the broadcast of a report in the evening news of the TV channel BTV of 26 April 2015. The report informed viewers in detail about the earthquake in Nepal and the fate of several Bulgarian climbers which were in Nepal at the time of the earthquake. The journalists were able to get in contact with one of the Bulgarian climbers via the social network "facebook". The report showed a minimized and blurred version of the mountaineer's profile picture which was covered by the inscription "IN THE QUAKE'S EPICENTER. Our 12 climbers in the area are well". The report showed parts of personal messages from her conversation with the journalist on facebook as well. After the broadcast of the report, the mountaineer in question claimed that the publication of her picture and of parts of the messages was an infringement of her right to privacy. In her complaint she stated that her family recognized her in the news report which led to further strong concern and fear by her family.

The Commission found the complaint to be unfounded, because the media used the masculine form of the word "climber" in the explanation of the story which illustrated the establishment of a communication with the Bulgarian climbers in Nepal. The identification of her person could not be proven. The picture in question was minimized and blurred, and was largely covered by the aforementioned inscription. The emphasis was put on the content of the messages she exchanged with the journalist. The text of the messages was enlarged, and did not contain names or other personal data and could belong to anyone who owns a modern mobile device, and a facebook account.

In a second case, the Commission found two violations of the Code of Ethics in the broadcast of an episode of the TV show "Paparazzi" of the TV channel BTV. The TV show is an entertainment program which usually focuses on popular performers, athletes and other celebrities. In some cases, the celebrities participate voluntarily in the live broadcast or the recordings, while others are being filmed without their knowledge by employees of the program who track and record the relevant parties. In the broadcast in question, which aired on 21 June 2015, about six minutes were devoted to the family of two former Members of Parliament and ministers. The couple had actively expressed their opposition towards interfering with their personal life in the media. Therefore, the footage was taken without their consent. The 6 minutes of the TV show "Paparazzi" devoted to the family of the former Members of Parliament informed as much on their private life, as it informed on their reaction to the shooting of the video, describing the reaction as an unfounded request for censorship.

The Commission found that the report violated the Code of Ethics which allows secret filming only in cases where no other way exists to provide vital information to the public. Another violation of the Code of Ethics lies in the shooting of the footage as such, since it caused an unreasonable and disproportionate interference with private lives— tracking (by car) and covert filming in the absence of public interest — including the fact that the programme does not contribute to significant societal debates.

The Decisions of the Ethics Commission are available in Bulgarian language at <http://www.mediaethics-bg.org/index.php?do=56&lang=bg>

Rayna Nikolova, New Bulgarian University

FI: Confidentiality of sources remains

In June 2015, a revision of the provisions concerning confidentiality of sources took place in the context of an overall modernization of procedural legislation. The new provisions enter into force on 1 January 2016. Regarding the substance, much was not changed as the amendments rather tackle the numbering and division of some provisions. However, new provisions were also introduced while a few changes appear especially interesting to journalists. This article focuses only on these particular dimensions of the reform.

Provisions on the protection for and breaking of the confidentiality of sources have been scattered in Finnish law. This continues to be the case – possibly even more so with the introduction of explicit provisions on the issue in existing laws, such as the Administrative Judicial Procedure Act (586/1996). The right to protect sources of information is provided in Section 16 of the Act on the Exercise of Freedom of Expression in Mass Media (460/2003; FEA) for originators of messages, publishers, and program providers, and those in their service while publishers and program providers are also entitled to keep secret the identity of the originator of the message. The protection of confidentiality is provided to any originator of a message in the form of a legal right as opposed to a duty. No amendments were introduced in this regard. It must be noted that Section 14 of the Guidelines for Journalists, which are a self-regulatory instrument in the field of media, renders journalists entitled and duty bound to conceal the identity of sources of information as agreed with the source. Where “highly negative publicity” is created the editorial office should publicize the methods to assure the reliability of anonymous sources (Sec. 14). Section 16(3) FEA notes that the duty to reveal information under confidentiality, in pre-trial investigation or during a trial, is regulated separately.

The newly introduced Section 20 (1) of Chapter 17 of the Code of Judicial Procedure (4/1734; CJP) provides that originators of messages, publishers, and program providers may refrain from testifying on the identity of their sources, and on the identity of the creators of messages. However, an obligation to testify may be imposed where the prosecuted crime has a maximum penalty of at least six years’ imprisonment or concerns a punishable breach of a duty of non-disclosure (Section 20(2) CJP). Previously, attempt and accessory were mentioned with regard to the crimes, while the wording concerning the breach of duty was somewhat amended. A substantive amendment to the CJP was made in the form of an express provision on the scope of the duties or rights to refrain from testifying: Section 17:9(3) CJP notes that they do not apply to information the unjustified obtaining, disclosure, or utilization of which is prosecuted. According to the Government bill (HE 46/2014 vp, 59), the new provision may find its application in cases concerning industrial espionage or secrecy offences.

According to Section 8(1) of Chapter 7 of the Criminal Investigation Act (805/2011; CIA), the duties and rights of a witness to refrain from testimony in the CIA are in principle similar to the ones provided in the CJP. However, notwithstanding paragraph 1, a witness is obliged to testify, among others, where the investigated crime, or attempt or accessory thereto, has a maximum penalty of at least six years of imprisonment and the court could oblige testimony pursuant to Section 17:20(2) CJP. The CIA includes an obligation for witnesses to testify where the investigated crime is the unlawful obtaining, disclosure, and utilization of information, excluding, however, originators of messages, publishers, and program providers. Here, the Government bill (HE 46/2014 vp, 144-146) points to the confidentiality of sources and refers to a Committee Report of 2009 which promotes changes to the legislation with regard to suspected secrecy offences, in cases where an interference would have been indispensable and justified due to the severity of the offense. This proposal was not realized in the past and nothing was found to support such amendments in the present. In 2009, the Council for Mass Media in Finland (CMM), a self-regulatory body interpret-

ing good journalistic practice, also expressed its negative view on the proposal to weaken the confidentiality of sources (4152/L/09).

Finally, the new Section 7:3 of the Coercive Measures Act (806/2011; CMA) forbids confiscation and copying of material for evidence where there is a duty or right to refrain from testimony pursuant to specified provisions of the CJP, including the right of publishers and program providers to refrain from testifying on the identity of their sources. The material must be in the possession of the persons awarded the right to refrain from testimony or in the possession of the person for whom the duty or right has been enacted. However, exceptions to the ban apply (7:3(3), points 2-3 CMA) on one hand where originators of messages, publishers, and programme providers consent to the confiscation or copying of the material, and on the other hand where the investigated crime is one with the maximum penalty of at least six years' imprisonment and the court could oblige the witness to testify pursuant to 17:20(2) CJP. Previously, the law only contained the latter exception while the wording of the provisions was somewhat different. The new provisions enable coercive measures where persons referred to in the FEA, such as publishers, give their consent. Moreover, no ban on confiscation and copying exists where the investigated crime is such as to exclude a duty or right to refuse testimony in trial pursuant to sec. 17:9(3) CJP. However, this does not apply to material in the possession of a person referred to in sec. 17:20(1) CJP, such as a publisher. The provision is in unison with the chosen approach to secrecy offences.

Alén-Savikko, Anette: Amended provisions on confidentiality of sources. IRIS 2015-8:1/14: <http://merlin.obs.coe.int/newsletter.php>

Esitutkintalain, pakkokeinolain ja poliisilain kokonaisuudistus. Esitutkinta- ja pakkokeino- toimikunnan mietintö [Committee Report: Reform of the legislation on pre-trial investigation and coercive measures](2009:2):

http://www.oikeusministerio.fi/fi/index/julkaisut/julkaisuarkisto/200902esitutkintalainpakko-keinolainjapoliisilainkokonaisuudistus.esitutkinta-japakkokeinotoimikunnanmietinto/Files/OMKM_2009_2.pdf

Laki oikeudenkäymiskaaren muuttamisesta (732/2015); Law amending the Code of Judicial Procedure (732/2015):

<http://www.finlex.fi/fi/laki/alkup/2015/20150732>

aki esitutkintalain muuttamisesta (736/2015); Law amending the Criminal Investigations Act (736/2015):

<http://www.finlex.fi/fi/laki/alkup/2015/20150736>

Laki pakkokeinolain muuttamisesta (737/2015); Law amending the Coercive Measures Act (737/2015):

<https://www.finlex.fi/fi/laki/alkup/2015/20150737>

Hallituksen esitys eduskunnalle oikeudenkäymiskaaren 17 luvun ja siihen liittyvän todistelua yleisissä tuomioistuimissa koskevan lainsäädännön uudistamiseksi (HE 46/2014 vp); Government bill on the reform of Chapter 17 of the Code of Judicial Procedure and related legislation on presentation of evidence in general courts (HE 46/2014 vp): unofficial English translation at

<https://www.finlex.fi/fi/esitykset/he/2014/20140046>

Laki sananvapauden käyttämisestä joukkoviestinnässä (460/2003); Act on the Exercise of Freedom of Expression in Mass Media (460/2003): unofficial English translation at

<http://www.finlex.fi/fi/laki/kaannokset/2003/en20030460.pdf>

Journalistin ohjeet; Guidelines for Journalists in English at:

http://www.jsn.fi/en/guidelines_for_journalists/ (operative from 1.1.2014)

Statement of the CMM (4152/L/09); available in Finnish at:

<http://www.jsn.fi/sisalto/4152-l-09/?search=1%C3%A4hdesuoja> (22.9.2015)

LL.D Anette Alén-Savikko, Faculty of law/University of Helsinki

IE: Court of Appeal orders Channel 4 to disclose research for investigative programme

In August 2013, Channel 4 broadcast an episode of its investigative programme entitled “Secrets from the Cockpit”, which included a number of allegations against the airline Ryanair on its passenger safety. The airline issued defamation proceedings against Channel 4, and a number of newspapers which had carried stories on the documentary. The publishers of The Independent, The Mirror, Daily Mail, and the Belfast Telegraph, all issued apologies to Ryanair over the articles, and reached out-of-court settlements.

Channel 4 decided to defend the defamation proceedings, and pleaded a number of defences, including the “allegations were true”, the defence of “honest opinion”, and the Defamation Act 2009’s defence of “fair and reasonable publication on a matter of public interest”. In pre-trial proceedings, Ryanair sought court orders requiring Channel 4 to disclose “documents used in the making of the programme”, and in December 2014, a High Court judge granted Ryanair’s request. The Justice ordered the broadcaster to disclose “all documents evidencing or recording all editorial decisions taken” during the making of the programme, and “all documents evidencing and/or recording all research and investigation carried out into the subject of the programme.” The judge also ruled that Ryanair must disclose its fuel policy from 2009 onwards to Channel 4.

Both Channel 4 and Ryanair appealed the High Court’s ruling, and on 29 July 2015, the Court of Appeal partly upheld the lower court’s orders. First, on the order to Ryanair to disclose its fuel policy from 2009 onwards, the Court of Appeal ruled that this was “too broad”, and limited disclosure to the period 2010 to 2012. In addition, Ryanair was ordered to disclose “safety-related incidents” in the period 2010 to 2012. Finally, the Court of Appeal upheld the order that the broadcaster had to disclose to Ryanair “documents related to editorial decisions”, and “documents related to research and investigations carried out by the defendants for the programme”. In this regard, the Court ruled that while “journalists cannot normally be compelled to reveal their sources”, that “protection was not absolute”. Therefore, if the broadcaster wished to invoke protection of sources, it could set out the factual basis for that in an affidavit of discovery later. Following this ruling, and disclosure of documents by both parties, the full defamation proceedings will take place.

Mary Carolan, “Ryanair ordered to give Channel Four fuel policy documents”, The Irish Times, 29 July 2015

<http://www.irishtimes.com/news/crime-and-law/courts/high-court/ryanair-ordered-to-give-channel-four-fuel-policy-documents-1.2301188>

“Channel 4 ordered to give Ryanair documents”, The Irish Times, 17 December 2014

<http://www.irishtimes.com/business/transport-and-tourism/channel-4-ordered-to-give-ryanair-documents-1.2040027>

Mark Sweney, “Ryanair reaches libel settlement with the Independent over safety story”, The Guardian, 20 November 2013

<http://www.theguardian.com/media/2013/nov/20/ryanair-libel-settlement-independent-safety>

Stephen Rogers, “Paper recognises Ryanair’s safety standards”, Irish Examiner, 26 October 2013

<http://www.irishexaminer.com/ireland/paper-recognises-ryanairs-safety-standards-247513.html>

Josh Halliday, “Mail reaches out-of-court settlement with Ryanair over safety story”, The Guardian, 12 September 2013

<http://www.theguardian.com/media/2013/sep/12/daily-mail-settlement-ryanair-safety>

Ronan Fahy, Institute for Information Law (IViR), University of Amsterdam

IE: Oberstes Zivilgericht erlaubt Veröffentlichung von identifizierenden Zeitungsartikeln

Das Oberste Zivilgericht Nordirlands hat am 26. August 2015 (No. [2015] NIQB 74) in einem einstweiligen Verfügungsverfahren entschieden, dass die Untersagung einer identifizierenden Berichterstattung über einen Mordverdächtigen nicht geboten ist.

Der Antragssteller war vom 27. Oktober bis zum 30. Oktober 2012 wegen des Verdacht des Mordes an einem Drogendealer inhaftiert. Über den Haftprüfungstermin wurde eine Berichterstattung ohne Einschränkungen gewährt und die Entscheidung später ohne Anonymisierung des Namens des Klägers veröffentlicht. Seitens des Antragstellers wurden zum damaligen Zeitpunkt jedoch keine Anstrengungen unternommen, eine Veröffentlichung der Entscheidung zu untersagen bzw. deren Anonymisierung zu erreichen. Nachfolgend wurden Zeitungsartikel unter Benennung des Namens des Klägers veröffentlicht, welche ihn als Mordverdächtigen, sowie als mögliches Mitglied einer terroristischen Vereinigung darstellten. Am 28. Mai 2014, mehr als sieben Wochen nach der Veröffentlichung des ersten Artikels, erhielt der Kläger eine Warnung der Polizei, dass Kriminelle einen Angriff auf ihn planen würden und er seine persönliche Sicherheit überprüfen solle. Weitere Warnungen durch die Polizei erfolgten am 4. Juni 2014 und am 28. Juli 2014. Daraufhin strebte der Kläger die Untersagung weiterer Veröffentlichungen im einstweiligen Verfügungsverfahren an, da er der Ansicht war, die Drohungen seien durch die Zeitungsartikel motiviert.

Das Gericht lehnte das Begehren des Klägers jedoch ab, da kein Zusammenhang zwischen den Morddrohungen und den Veröffentlichungen erkennbar sei. Es existierten keinerlei Beweise, weder seitens der Polizei noch des Klägers, die belegen könnten, dass die Veröffentlichung der Artikel eine wesentliche Risikoerhöhung für den Kläger begründet habe. Eine diesbezügliche Information habe die Polizei auch nicht an die Presse gegeben. Laut des Gerichts hatte die Polizei bereits zwei Warnungen an den Kläger ausgesprochen, bevor überhaupt ein Artikel veröffentlicht wurde. Es habe keine zeitliche Verbindung zwischen den ersten beiden Warnungen der Polizei vom 28. Mai und 4. Juni 2014 und der Veröffentlichung des Artikels vom 6. April 2014 gegeben. All dies belege, dass die Drohungen nicht durch die Presseartikel motiviert seien und unabhängig von deren Veröffentlichung existierten. Zwar gebe es zwischen der dritten Warnung der Polizei vom 28. Juli 2014 und der Veröffentlichung des Artikels vom 27. Juli 2014 eine solche zeitliche Beziehung. Dieser zeitliche Zusammenhang liege jedoch vielmehr in den Aktivitäten des Klägers begründet, über welche auch der fragliche Artikel berichtet hatte. Es habe auch keine Warnungen nach der Veröffentlichung des Artikels vom Dezember 2014 gegeben, vielmehr sei eine solche erst wieder am 3. Februar 2015 durch die Polizei ausgesprochen worden. Die vierte Warnung sei nach der Ermordung eines weiteren Verdächtigen im gleichen Mordfall erfolgt. Dieser habe in Kontakt zu dem Kläger gestanden, sei jedoch in keinem der streitgegenständlichen Artikel erwähnt worden.

Das Urteil des Obersten Zivilgerichtes Nordirlands ist in Englischer Sprache abrufbar unter:
<http://www.bailii.org/nie/cases/NIHC/QB/2015/74.html>

Katrin Welker

IT: Cookie-Leitlinien der Datenschutzbehörde in Kraft getreten

Die italienische Datenschutzbehörde (Garante per la protezione dei dati personali) hat am 8.5.2015 Leitlinien für die Verwendung von Cookies verabschiedet, die am 3.6.2015 in Kraft getreten sind. Mit den Leitlinien werden die nationalen Bestimmungen zur Umsetzung der „Cookie-Richtlinie“ (RL 2009/136/EG) konkretisiert, nach denen Diensteanbieter zur Einholung einer Einwilligung für die Speicherung und Verarbeitung von Cookies verpflichtet sind.

Die Leitlinien unterscheiden zwischen technischen Cookies, die ausschließlich dazu dienen, die Kommunikation und Dienstleistung sicherzustellen, und Profiling-Cookies, mit denen Nutzerprofile, z. B. für Werbezwecke, erstellt werden sollen. Zu den technischen Cookies sollen neben nutzungserleichternden (z. B. Sitzungs-Cookies) auch solche Cookies zählen, die dem Betreiber zusammengefasste Informationen über die Anzahl der Nutzer und deren Nutzungsmuster bereitstellen.

Den Leitlinien zufolge müssen Websites, die Cookies nutzen, Besucher beim ersten Seitenabruf auf die Nutzung hinweisen. Soweit Profiling-Cookies verwendet werden, muss die vorherige Einwilligung des Nutzers eingeholt werden. Gegebenenfalls muss der Websitebetreiber diese Pflichten auch für auf der Website verwendete Cookies von Drittanbietern erfüllen, da er dem Nutzer gegenüber diesbezüglich als technischer Intermediär auftritt. Die Nutzung von Profiling-Cookies ist zudem der Datenschutzbehörde zu melden; für technische Cookies besteht diese Verpflichtung nicht.

Nach den Leitlinien soll die Benachrichtigung des Nutzers in zwei Schritten erfolgen: Die Erstinformation, in der auch das Einverständnis des Nutzers erbeten wird, ist kurz zu halten. Sie muss sichtbar als Banner auf der aufgerufenen Seite zu sehen sein, bis der Nutzer entsprechend aktiv wird. Per Hyperlink muss zudem eine erweiterte Benachrichtigung mit zusätzlichen Details abrufbar sein, die dem Nutzer auch die Möglichkeit gibt, genauer einzustellen, welche Arten von Cookies er erlauben will.

Die Leitlinien erinnern daran, dass die fehlende oder nicht ausreichende Benachrichtigung des Nutzers zu Bußgeldern bis zu 36.000 Euro führen kann. Für das Installieren von Cookies auf einem Endgerät ohne die vorherige Einholung des nötigen Einverständnisses können Bußgelder bis zu 120.000 Euro verhängt werden; dasselbe gilt für eine unterlassene oder nicht ausreichende Meldung der Nutzung von Profiling-Cookies an die Datenschutzbehörde.

Die Cookie-Leitlinien v. 8.5.2015 sind auf Italienisch sowie in englischer Übersetzung abrufbar unter:

<http://www.garanteprivacy.it/web/guest/home/docweb/-/docweb-display/docweb/3167654>

Rechtsanwalt Sebastian Schweda

LV: The Problem of a Defamation Provision in Latvian Criminal Law

The Latvian Criminal Law, adopted in 1998, contains a criminal liability provision for defamation, including defamation in mass media. There have been arguments on whether the provision impairs the freedom of the press, but nevertheless, the article 157 so far has remained in the Latvian Criminal Law. It provides that a person who knowingly distributes fictions of another person, knowing them to be untrue and defamatory, in printed or otherwise reproduced material, as well as orally, is punishable by community service or a fine. Furthermore, the applicable punishment for defamation in mass media is the temporary deprivation of liberty, or community service, or a fine (as amended by the amendments of 12 June 2003; 12 February 2004; 19 November 2009; 13 December 2012)

The relevant provision has not been applied very frequently. Currently, any criminal charges in defamation may be brought only through a private accusation procedure. This means that the criminal investigation and prosecution authorities would not start a criminal procedure on their own initiative. The potential “victim” who wants to start the private accusation procedure himself must act as a prosecutor and submit a complaint to the court, which then may initiate criminal proceedings.

There is no complete statistics publicly available on how many criminal defamation proceedings have taken place within recent years. However, according to publicly available information, most of the procedures have ended by an acquittal of the accused person. Thus, preliminary, it may seem that there is no significant problem to the freedom of speech.

On the other hand, it must be taken into account that the mere fact of the initiation of a criminal procedure and the placing of a journalist or an editor in the status of an accused person may potentially have a negative impact on the freedom of speech. The status of accused person is a special procedural status within criminal procedure law, and it may cause significant problems, e.g., the person must use resources for a legal defence, and to attend court hearings. Moreover, according to legal doctrine and commentaries, the editor of a newspaper or another mass medium may not be guilty for the defamation in a criminal sense: a personal liability and direct intention must be established, and that may only belong to the author of the publication. The court practice has confirmed this. Nevertheless, there are still criminal proceedings being initiated not only against the authors of the publications, but also against the editors. For example, there has been a case where criminal proceedings had been started against an editor of an internet portal for a defamatory commentary published by one of the users. The court finally dismissed the charges, stating that the editor may not be criminally liable for the contents of commentaries (of course, this does not preclude a potential civil liability in a civil defamation case, where other criteria prevail). Due to the above reasons the professional organizations of journalists have advocated for the abolishment of this provision in the Criminal Law.

However, there are also serious counter arguments in favour of the provision. Legal professionals have indicated that this provision provides a safeguard in case of malicious and directly intentional publications of knowingly untrue information. The provision is applicable not only to journalists, but to any person who would use mass media in order to distribute knowingly untrue information, e.g., to politicians who might like to denigrate their opponents.

As a potential solution there has been a proposal to abolish the private accusation procedure for the implementation of this provision. Instead, there would be the public accusation procedure lead by criminal investigators and prosecutors who would then make the first assessment whether the case merits a criminal procedure, or whether it is purely an issue of civil liability. The application

of the public procedure might decrease the number of cases where the private accusation procedure is started by a potential victim in bad faith, or in order to restrict the freedom of the press. At the moment of writing, there has not been a clear initiative to amend the relevant provision or to change the applicable procedure. Much depends also on judges who have to apply this article now and decide whether to start criminal proceedings. If judges would scrutinize the applications in more detail, taking into account also the freedom of speech argument, there might be even less procedures started.

The criminal Law of the Republic of Latvia (in Latvian: Krimināllikums) is available in Latvian and English language at:

<http://likumi.lv/doc.php?id=88966>

Ieva Andersone, LLM (Cantab.), Attorney-at-Law, SORAINEN

SE: The Swedish Supreme Court's decision on a search warrant for an editorial office

On 16 June 2015 the Swedish Supreme Court suspended the execution of a search warrant of an editorial office. The Court amended the Court of Appeal's decision and rejected the petition concerning the search of the premises. The Court ruled that the execution would not take place until further notice.

The Swedish newspaper Aftonbladet Hierta AB had received photos from a sender which depicted two men who could have been involved in a robbery in May 2015. The photos were transferred digitally to the newspaper for the purpose of publication by a source that wanted to remain anonymous. The newspaper published the photos but covered the two men's faces. On the prosecutor's request, the Swedish District Court appointed a search of the newspaper's premises to search for and confiscate the uncovered pictures of the two suspected perpetrators. The Court of Appeal did not amend the District Court's decision. The newspaper then appealed to the Swedish Supreme Court against the Attorney-General's request concerning the search of the its premises, and the decision of the Court of Appeal. The Swedish Supreme Court amended the Court of Appeal's decision and rejected the petition concerning the search of the premises.

Swedish law provides a definite prohibition to confiscate of written documents only in case the information in the written document contains protected information and the confiscation of that document would jeopardize the right to be anonymous. Therefore, in the present case, the prerequisite for the confiscation of the photos would have been fulfilled if the requested photos would have been produced on paper and would not have contained other information than the picture itself. However, the photos were stored at the newspaper's office in an electronic information carrier. Since such electronic information carriers can contain a lot of and different information units, there was a risk that irrelevant information would be confiscated and examined and that this information could contain protected data. Therefore, in this case it was important to evaluate the risk of protected data being revealed during a search of the electronic information carrier. A search of the premises may only be granted if these risks had been legally examined according to the rule of proportionality.

The Swedish Supreme Court came to the decision that also information which does not take written form, as well as carriers of information other than paper, fall within the prohibition of confiscation according to the Swedish legislation. According to the legislation, an absolute obstacle for a confiscation exists if a searched file or other searched information unit on an electronic information carrier could contain irrelevant but protected information. But, there is no obstacle for a search of the premises or confiscation of documents if no other information than the one searched for is available on an electronic information carrier. It was not clear in this case which information carrier contained the transferred photos or other information units, and the information carrier could not be identified in advance. The possibility that irrelevant information which contains protected details can be exposed during a search and integrity aspects needed to be taken into consideration when doing the proportionality assessment that has to precede a decision concerning those coercive measures. The Supreme Court considered it to be a high risk that protected information about the person that transferred the information to the plaintiff and requested to be anonymous could be revealed during a search of the plaintiff's electronic information carriers.

In this case, the information concerned was of highly protected value and even though the Attorney-General had a strong interest in the photos for the investigation of a crime, the requirement of proportionality constituted an obstacle for the search of the premises. However, it was irrelevant to the case whether a prohibition of confiscation of the photos existed, since a prohibition of the search of the premises existed.

The verdict of the Supreme Court of 18 August 2015 (case no. Ö 3074-15) is available in Swedish language at:

<http://www.hogstodomstolen.se/Domstolar/hogstodomstolen/Avgoranden/2015/2015-08-18%20-%203074-15%20Beslut.pdf>

Malin Hurtig, Wistrand Law Firm

US: The obligation to consider fair use

On 14 September 2015, the United States Court of Appeals for the Ninth Circuit held that copyright holders must consider whether a disputed use of its copyrighted work is protected by the Digital Millennium Copyright Act ("DMCA") as fair use before sending a takedown notification. The ruling came in a case which resolved a dispute between a private individual and the company Warner Music Corporation ("Universal") over whether a video that the former litigant posted on YouTube infringed one of their copyrighted works.

On 7 February 2007, the private citizen, a mother of two children, uploaded a 29-second home video titled "Let's Go Crazy' #1" to YouTube, in which her two young children danced to the song Let's Go Crazy by Prince in the family kitchen (the "Video"). Universal sent a notice to YouTube requesting that they take the Video down because it contained unauthorized use of the copyrighted song. The woman subsequently filed a lawsuit against Universal arguing that Universal's request should be denied because her use of the copyrighted music is permitted as fair use under the DMCA.

Under Section 512(c)(3)(A) of the DMCA, a takedown notification must include identification of the copyrighted work, identification of the allegedly infringing material, and a statement that the copyright holder believes in good faith the infringing material "is not authorized by the copyright owner, its agent, or the law."

The plaintiff argued that Universal's takedown notification was not made in good faith because they did not perform any analyses of whether her use of the copyrighted material was permitted as fair use under the DMCA.

The Court agreed with the plaintiff's argument, finding that a copyright holder can only satisfy the good faith requirement by considering whether the potentially infringing material is a fair use. It explained that, while the Court is ultimately in no position to dispute a copyright holder's belief even if it would have reached the opposite conclusion, the copyright holder must be able to form a subjective good faith belief that the allegedly infringing material does not constitute fair use.

The Court acknowledged that there is some level of uncertainty regarding how this might be achieved because the statute does not specify how belief of infringement may be formed or what knowledge may be chargeable to the notifying entity and it is unaware of any decision that has addressed the need for human review. However, it provided guidance on how the requirement might be met. The copyright holder's consideration of fair use need not be searching or intensive because it is mindful of the pressing crush of voluminous infringing content that copyright holders face in a digital age. It explained in dicta that the consideration of fair use may be sufficient if copyright holders utilize computer programs that automatically identify for takedown notifications content where: "(1) the video track matches the video track of a copyrighted work submitted by a content owner; (2) the audio track matches the audio track of that same copyrighted work; and (3) nearly the entirety . . . is comprised of a single copyrighted work." The Court also agreed with the plaintiff's request that Universal be required to pay her for damages for initiating a takedown notification that was not made in good faith. Under the DMCA a plaintiff may seek recovery of any damages, including costs and attorneys fees, incurred by the alleged infringer. It found that a copyright holder will be found to have "knowingly materially misrepresented that it held a good faith belief" if the plaintiff can establish two factors: "(1) the defendant subjectively believed that there is a high probability that the video constituted fair use, and (2) the defendant took deliberate actions to avoid learning of that fact." The Court held that Universal did not form any subjective

good faith belief about the video's fair use because it failed to consider fair use at all, and knew that it failed to do so.

The ruling is available in English language at:

<https://www.eff.org/document/9th-circuit-opinion-lenz>

Jonathan Perl, Counsel, Regulatory Affairs, Locus Telecommunications, Inc.

Impressum

„Europäisches Medienrecht – der NEWSLETTER“ ist ein Service des Instituts für Europäisches Medienrecht e.V. (EMR)

Redaktion:
Institut für Europäisches Medienrecht (EMR)
Franz-Mai-Str. 6
D-66121 Saarbrücken

Telefon+49 681 99275 11
Fax +49 681 99275 12
Mail emr@emr-sb.de
Web www.emr-sb.de

Verantwortlich: Gianna Iacino, wissenschaftliche Mitarbeiterin
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30. Oktober 2015

Das EMR kann keine Verantwortung für den Inhalt der im Newsletter angegebenen Referenzen (Links) übernehmen.

Alle Autoren sind, soweit nicht anderweitig ausgewiesen, Mitarbeiter des Instituts.

Wir danken den Mitgliedern des *EMR Media Network* für die Zulieferung der Berichte.

Übersicht der verwendeten Länderkürzel/Kurzbezeichnungen:

AL: Albanien	AT: Österreich	AU: Australien
BA: Bosnien-Herzegowina	BE: Belgien	BG: Bulgarien
CA: Kanada	CH: Schweiz	CoE: Europarat
CY: Zypern	CZ: Tschechische Republik	DE: Deutschland
DK: Dänemark	EE: Estland	ES: Spanien
EU: Europäische Union	FI: Finnland	FR: Frankreich
GR: Griechenland	HR: Kroatien	HU: Ungarn
IE: Irland	IN: Indien	IS: Island
IT: Italien	LI: Liechtenstein	MA: Marokko
MD: Moldawien	ME: Montenegro	MK: Mazedonien
MT: Malta	NL: Niederlande	NO: Norwegen
LT: Litauen	LU: Luxemburg	LV: Lettland
PL: Polen	PT: Portugal	RO: Rumänien
RS: Serbien	RU: Russland	SE: Schweden
SI: Slowenien	SK: Slowakische Republik	TR: Türkei
UK: Vereinigtes Königreich	UN: Vereinte Nationen	US: Vereinigte Staaten
UZ: Usbekistan		